



HESSISCHER LANDTAG

28. 05. 2019

UJV

Berichts Antrag

Christiane Böhm (DIE LINKE) und Fraktion

Suchthilfe und Substitution im Justizvollzug

Die Landesregierung wird ersucht, im Unterausschuss Justizvollzug öffentlich über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie hoch war nach Kenntnis der Landesregierung die Anzahl der suchtmittelabhängigen Inhaftierten in hessischen Justizvollzugsanstalten jeweils zum Stichtag 31. März 2016 bis 2019 (bitte, wenn möglich, nach Hauptsubstanz und nach Haftanstalten aufschlüsseln)?
2. Wie hoch war nach Kenntnis der Landesregierung die Anzahl der Inhaftierten mit Suchtmittelmissbrauch in hessischen Justizvollzugsanstalten jeweils zum Stichtag 31. März 2016 bis 2019 (bitte, wenn möglich, nach Hauptsubstanz und nach Haftanstalten getrennt angeben)?
3. Welche Angebote der Suchthilfe und -therapie werden in welchen Justizvollzugsanstalten angeboten und wie viel Fachpersonal steht hierfür jeweils
 - a) laut Stellenplan,
 - b) tatsächlich und
 - c) über freie Trägerzur Verfügung?
4. Wie viele Inhaftierte befanden sich 2016 bis 2019 jeweils zum Stichtag 31. März in suchtherapeutischer Behandlung (bitte nach Haftanstalten getrennt angeben)?
5. Wie viele Inhaftierte befanden sich 2016 bis 2019 jeweils zum Stichtag 31. März in den hessischen Justizvollzugsanstalten in Substitutionsbehandlung (bitte jährliche Zahlen auflisten und getrennt nach Haftanstalten angeben)?
 - a) Wie viele dieser Personen werden jeweils mit Methadon/Polamidon oder Buprenorphin substituiert (aufgelistet nach Geschlecht)?
 - b) Wie viele dieser Personen befinden sich jeweils in einer diamorphingestützten Behandlung (aufgelistet nach Geschlecht)?
6. Wie hoch war die jährliche Anzahl der medizinisch begleiteten Entgiftungen in den Jahren 2016 bis 2018?
7. Welche hessischen Justizvollzugsanstalten verfügen über Naloxon als Notfallmedikament gegen Opioid-Überdosen?
8. Bei wie vielen Inhaftierten erfolgte jährlich in den Jahren 2016 bis 2018 die Entlassung in eine stationäre oder ambulante Suchtentwöhnungsbehandlung im Rahmen der Zurückstellung der Strafvollstreckung nach § 35 des Betäubungsmittelgesetzes?
9. Inwiefern hält die Landesregierung drogenfreie Haftanstalten für erreichbar und welche Rückschlüsse zieht sie daraus für die Bewertung von schadensminimierenden Maßnahmen?
10. Schließt sich die Landesregierung der Definition der Bundesärztekammer an, dass eine Opiatabhängigkeit eine schwere chronische Krankheit ist?
11. Stellt nach Ansicht der Landesregierung die Substitutionstherapie eine "angemessene und notwendige" medizinische Behandlung in Gefängnissen dar?

12. Welche Vorkehrungen hat die Landesregierung nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EG MR, Urteil vom 1. September 2016 - 62303/13 (Wenner/Deutschland)) getroffen, eine Substitutionstherapie zu gewährleisten?
13. Inwiefern sind fehlende Substitutionsprogramme nach Ansicht der Landesregierung damit vereinbar, dass die Lebensverhältnisse im Strafvollzug den allgemeinen Lebensverhältnissen so weit wie möglich angepasst werden sollen (Angleichungsgrundsatz)?
14. Inwiefern ist der durch Haftantritt verursachte Abbruch einer Substitutionsbehandlung der in ICD-10 F11. 2 klassifizierten Opiatabhängigkeit nach Ansicht der Landesregierung mit dem Gegenwirkungsgrundsatz vereinbar?
15. Wie viele Menschen müssen jedes Jahr mit Haftantritt ihre Substitutionstherapie abbrechen (bitte auflisten für den Zeitraum 2004 bis 2018 und nach Geschlecht)?
16. Wie viele Drogentote sind jährlich in hessischen Justizvollzugsanstalten zu verzeichnen (bitte auflisten für den Zeitraum 2007 bis 2018 und nach Geschlecht)?
17. Werden in hessischen Justizvollzugsanstalten Spritzenaustauschprogramme oder Spritzenautomaten angeboten?
18. Wenn es keine Austauschprogramme gibt, inwiefern erfüllt das Land seine Aufgabe, dass
 - a) für die körperliche und geistige Gesundheit der Gefangenen – in diesem Falle von i.v. Drogenkonsumenten – zu sorgen ist und
 - b) den Gefangenen eine Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln zu gewährleisten ist, wenn diese notwendig sind, um eine Schwächung der Gesundheit, die in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde, zu beseitigen?
19. Inwiefern widerspricht die Situation, dass i.v. Drogenkonsumenten den in Freiheit praktizierten safer use (durch Nutzung von sterilen Konsumutensilien und Drogenkonsumräumen) in Haft nicht fortsetzen können, dem Gegenwirkungsgrundsatz, demzufolge schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges entgegenzuwirken ist?
20. Inwiefern widersprechen nach Ansicht der Landesregierung die mangelnden Maßnahmen zur harm reduction dem Vollzugsziel, dass die Gefangenen fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen?
21. In welchem Umfang wurden in den Jahren 2015 bis 2018 Drogen bei den Inhaftierten entdeckt und sichergestellt (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Droge und JVA)?
22. Welche Wege der Einbringung von Drogen in die JVA existieren und welche sind die relevantesten?

Wiesbaden, 28. Mai 2019

Christiane Böhm

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler